

III. Begründung wesentlicher Abweichungen zum Budget

Rechnungspositionen, die betragsmässig um mehr als 20%, mindestens jedoch um 50'000 Franken gegenüber dem Budget abweichen, werden nachfolgend einzeln aufgeführt und begründet. Ebenfalls kommentiert sind Abweichungen von über 500'000 Franken, auch wenn sie unter der Schwelle von 20% liegen. Abweichungen bei den lohnabhängigen Sozialleistungen sind in der Regel nicht begründet. Das Gleiche gilt für die durchlaufenden Beiträge und die internen Verrechnungen, da diese Bewegungen den Saldo der Laufenden Rechnung sowie die Nettoinvestitionen nicht beeinflussen. Die GRiforma-Pilotdienststellen und die Gerichte sind in diesem Abschnitt nicht erfasst. Deren Ergebnisse und die Abweichungen zum Budget werden in den Geschäftsberichten der betreffenden Dienststellen beschrieben.

1 GESETZGEBENDE BEHÖRDEN, REGIERUNG UND ALLGEMEINE VERWALTUNG

1000 Grosser Rat

3171 Eine genaue Budgetierung auf diesem Konto ist praktisch nicht möglich. Der Aufwand ist sehr stark von der Anzahl der Kommissionssitzungen und der Komplexität der zu beratenden Vorlagen abhängig. Die Zahlen basieren jeweils auf den Erfahrungszahlen der vergangenen Jahre.

1100 Regierung

3070 In den Jahren 2005/2006 hat die Pensionskasse die Arbeitgeberbeiträge für die Finanzierung der Renten der Mitglieder der Regierung als Kapital geäufnet. Beim Eintritt der Regierungsmitglieder in die kantonale Pensionskasse per 1.1.2007 ist dieses Kapital mit den zu leistenden Rentenzahlungen an ehemalige Regierungsmitglieder verrechnet und somit aufgelöst worden.

2 DEPARTEMENT FÜR VOLKSWIRTSCHAFT UND SOZIALES

2222 Amt für Landwirtschaft und Geoinformation

3012 Die Kontrollen der Vernetzungskonzepte nach Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV) wurden von privaten Büros durchgeführt.

3113 Das Seilprüfgerät musste nicht ersetzt werden, da Anschaffungen neu über das Interkantonale Konkordat für Seilbahnen und Skilifte erfolgen. Die Anschaffung eines GPS-Systems für die mobile Erfassung von Geometrieobjekten im Feld wurde verschoben.

318015 Der Beitrag an das Interkantonale Konkordat für Seilbahnen und Skilifte (IKSS) wurde nach Inkraftsetzung des neuen Seilbahngesetzes per 1.1.2007 erhöht. Dies hatte auch eine Erhöhung der Kontrollgebühren zur Folge.

318020 Infolge eines krankheitsbedingten personellen Engpasses konnten weniger Aufträge vergeben werden als bei der Budgetierung vorgesehen.

318025 Als verwaltungsinterner Dienstleister mussten die Prioritäten an die Bedürfnisse der Kundschaft angepasst werden, wodurch die vorgesehenen Projekte verzögert wurden.

3625 Die Eidgenössische Vermessungsdirektion hat für das Jahr 2007 ein Vertragsmoratorium in Zusammenhang mit der Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) zwischen Bund und Kantonen beschlossen. Somit konnten im Jahr 2007 keine neuen Vermessungsoperare eröffnet werden. Dies hatte zur Folge, dass weniger Beiträge ausgerichtet werden konnten.

365001 Bei der Budgetierung kann nur geschätzt werden, bei welchen Objekten weiterhin Zusatzbeiträge ausbezahlt werden können. Die jährliche Überprüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse, die Vermietung und der Verkauf von Eigenheimen sowie Mieterwechsel hatten zur Folge, dass in vielen Fällen die Zahlungen eingestellt werden mussten.

365005 Es wurden weniger Tiere am Markt aufgeführt als erwartet und das Projekt zur Vermarktung des Schlachtviehs war nicht soweit fortgeschritten, dass die zugesicherten Beiträge ausgerichtet werden konnten.

375025 Die ökologischen Direktzahlungen nach Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG) und ÖQV werden aufgrund von Hochrechnungen budgetiert. Jährlich kommen neue Gemeinden mit Vertragsabschlüssen hinzu. Eine Praxisänderung führte dazu, dass nur Gemeinden zur Auszahlung aufgenommen wurden, bei welchen die Vertragsabschlüsse bis Ende September vorlagen, nicht wie bisher bis Ende Jahr.

375035 Die Abweichung zum Budget ist auf die unterschiedlichen Witterungs- und Marktverhältnisse zurück-

-
- 470035 zuführen, welche auf die bewirtschaftete Fläche und die gehaltenen Tiere einen Einfluss haben.
- 4340 Durch die Kontrollkoordinationspflicht des Bundes wurden weniger Kontrollen durchgeführt. Dementsprechend fielen weniger Kontrollkosten und kleinere Abzüge bei den Direktzahlungen an.
- 4350 Die Geodatendrehzscheibe hat ihren Betrieb nicht wie vorgesehen im Jahr 2007 aufgenommen. Dadurch erfolgte die Abgabe der Geodaten nach wie vor durch das Amt für Landwirtschaft und Geoinformation.
- 5230 Die budgetierten Mittel konnten vom Bund nicht vollumfänglich abgerufen werden, weil die Liquidität der Landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaft zu hoch war.
- 5750 Infolge der Unwetterschäden August 2005 hat der Bund seine Investitionsbeiträge für Strukturverbesserungen im Juni 2006 aufgestockt und Restkredite auf das Jahr 2007 übertragen. Damit wurden dem Kanton Graubünden zusätzliche Bundesmittel zum Abschluss der Behebung von Unwetterschäden 2005 zugesprochen.
- 6700
- 6420 Bei der Budgetierung nicht vorhersehbare höhere Beteiligungen der finanzstarken Gemeinden.
- 2230 Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit**
- 3113 Infolge Personalfuktuationen des Kaders wurden geplante Geräteanschaffungen nicht getätigt.
- 2231 Tierseuchenbekämpfung Spezialfinanzierung**
- 4690 Die jährlichen Beiträge der Tierbesitzer an den Tierseuchenfonds betragen für die nächsten vier Jahre Fr. 8.00 statt Fr. 3.50 je Tier der Rindergattung. Diese Beiträge wurden erhöht, um ab dem Jahr 2008 die Teilfinanzierung der Ausrottung der Bovinen Virus Diarrhoe (BVD) sicherzustellen.
- 2240 Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit**
- 3181 Die Experten wurden - entgegen der ursprünglichen Planung - bei der Erstkontrolle nicht eingesetzt. Sie werden erst in einem späteren Zeitpunkt des Verfahrens ihre Arbeit aufnehmen.
- 2241 Regionale Arbeitsvermittlung und arbeitsmarktliche Massnahmen**
- 3010 Aufgrund der gesunkenen Anzahl Stellensuchender wurden acht budgetierte Stellen nicht besetzt.
- 4360 Die Einnahmenpositionen aus der Weiterverrechnung an den Bund fielen dadurch entsprechend tiefer aus.
- 4600
- 3180 Aufgrund der tiefen Stellensuchendenzahlen waren weniger Zuweisungen zum Einzelcoaching zu verzeichnen. Im RAV Roveredo beschäftigen wir seit September 2007 einen durch uns entlohnten Sekretär. Die bisher eingekauften Sekretariatsleistungen entfielen somit ab diesem Zeitpunkt. Ausserdem fielen die Kosten für EURES-Projekte tiefer als erwartet aus.
- 2250 Amt für Wirtschaft und Tourismus**
- 362003 Die budgetierten Beiträge an regionale Organisationen wurden nicht ausgeschöpft, weil weniger leistungsbezogene Projektbeiträge ausgerichtet wurden.
- 362010 Verschiedene Beiträge an Interreg-Projekte konnten aufgrund des Umsetzungsstandes der Projekte noch nicht ausbezahlt werden.
- 364002 Verschiedene Beiträge an Regio-Plus-Projekte konnten aufgrund des Umsetzungsstandes der Projekte noch nicht ausbezahlt werden. Die Beiträge an die Pilotprojekte Neue Regionalpolitik des Bundes wurden zu hoch budgetiert.
- 365005 Die tiefen Zinssätze führten zu kleineren Zinskostenbeiträgen an KMU-Betriebe. Aufgrund der Anpassung des Bonny-Beschlusses konnten im Jahr 2007 keine neuen Zinskostenbeiträge beschlossen werden.
-

-
- 365006 Im Bereich Beiträge an KMU- und Hotelbetriebe sind weniger Gesuche eingegangen oder die Gesuche erfüllten die Förderanforderungen nicht. Teilweise konnten die beantragten Beiträge noch nicht zugesichert werden. Zudem wurden verschiedene Beiträge an KMU-Betriebe über die Investitionsrechnung ausbezahlt.
- 365008 Beim Projekt „Wettbewerbsfähige Strukturen und Aufgabenteilung im Bündner Tourismus“ verzögert sich vor allem die Auszahlung der Beiträge an die Bildungen von Destinationsmanagementorganisationen (DMO) und zukünftigen Tourismusorganisationen (zTO). Die Ausrichtung eines Bundesbeitrages (Innotour) an dieses Projekt war bei der Budgetierung noch nicht bekannt.
- 4600
- 365010 Der Beitrag zur Errichtung der Stiftung für Innovation, Entwicklung und Forschung wurde ausbezahlt.
- 5250 Im Bereich Darlehen an KMU- und Hotelbetriebe sind weniger Gesuche eingegangen oder die Gesuche erfüllten die Förderanforderungen nicht.
- 5621 Verschiedene Investitionsbeiträge an Infrastrukturprojekte (kantonale Äquivalenzleistungen an Investitionshilfedarlehen des Bundes, Beiträge an Bergbahnprojekte, Beiträge an Sportinfrastrukturen) konnten aufgrund des Umsetzungsstandes der Projekte noch nicht ausbezahlt werden.

2260 Amt für Raumentwicklung

- 4310 Ausgelöst durch die Vorgaben/Grundsätze der Regierung betreffend Berücksichtigung des Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzips bei der Verrechnung des Verwaltungsaufwandes wurde die Tarifliste für die BAB-Gebühren provisorisch angepasst. Die Mehreinnahmen sind die Folge davon.

2301 Fonds für gemeinnützige Zwecke und zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs Spezialfinanzierung

- 3650 Die Vergütung des Anteils am Ertrag des eidgenössischen Alkoholmonopols hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Nachdem der Fondsbestand bereits Ende 2006 einen Betrag von über 1 Mio. Franken aufwies und aufgrund der Zunahme von Eingaben um die Ausrichtung gemeinnütziger Mittel wurden dem Fonds mehr Gesuche zugewiesen und die Beiträge gegenüber dem Budget teilweise erhöht.

3 DEPARTEMENT FÜR JUSTIZ, SICHERHEIT UND GESUNDHEIT

3100 Departements-Sekretariat

- 3180 Im Berichtsjahr mussten praktisch keine Aufträge an Dritte für Fachberatung, Gutachten usw. vergeben werden. Infolge Reorganisation des Departementes wurde die „Kontrolle der Prämienverbilligungsbeiträge“ zum Gesundheitsamt verschoben.

3105 Staatsanwaltschaft

- 3300 Die uneinbringlichen Untersuchungskosten werden für die Kreisämter, die Bezirksgerichte und das Kantonsgericht gesamthaft bei der Staatsanwaltschaft erfasst. Sie sind nicht abschätzbar und von verschiedenen, nicht beeinflussbaren Faktoren abhängig. Die abzuschreibenden uneinbringlichen Untersuchungskosten waren im Berichtsjahr bei allen Inkassostellen (Kreisämter, Bezirksgerichte, Kantonsgericht und Staatsanwaltschaft) rückläufig.

- 4310 Die Zahl der durch die Untersuchungsrichter und die Jugendanwaltschaft erledigten Straffälle nahm um knapp 9% zu, was sich auf die Gebühreneinnahmen auswirkte.

3110 Strafanstalt Realta

- 3130 Die Mehrausgaben für Diesel und Benzin konnten mit Mehreinnahmen kompensiert werden.
- 4399

318005 Die Abteilung Heroingestützte Behandlung war nicht voll ausgelastet, daher ergaben sich weniger Aufwendungen für das medizinische Personal und das Heroin.

3114 Einweisung und Bewährungshilfe

3195 Die Kosten können von Jahr zu Jahr sehr unterschiedlich hoch ausfallen. Sie hängen mit der wechselnden Anzahl Straf- und Massnahme-Verurteilter in den Anstalten und Heimen und damit verbundenen Anzahl Verpflegungstagen zusammen. Einweisungen in ausserkantonale Anstalten werden nur zurückhaltend vorgenommen.

4390 Die Einkünfte, die sich aus dem Verkaufs- und Verwertungserlös von unrechtmässig erworbenen Gegenständen oder zu Unrecht angeeigneter Vermögenswerte ergeben, sind weder beeinflussbar noch abschätzbar. Sie können daher in der Gesamtsumme von einem zum anderen Jahr erheblich abweichen.

3120 Kantonspolizei

3010 Im Laufe des Rechnungsjahres hat die Kantonspolizei von verschiedenen Gemeinden die Polizeiaufgaben übernommen. Damit wurden zusätzliche Stellen bewilligt. Die Kosten für diese Stellen werden gemäss den bestehenden Verträgen durch die Gemeinden vergütet.

3093 Für die am 1.10.2006 in Amriswil eröffnete Polizeischule Ostschweiz ergaben sich gewisse Vorlaufkosten, welche zusätzlich zu den Schulkosten anfielen. Diese Kosten mussten auf die beteiligten Kantone aufgeteilt werden. Auf den Kanton Graubünden entfiel ein zusätzlicher Betrag von rund Fr. 110'000.--. Eine weitere Erhöhung der Aufwendungen um rund Fr. 90'000.-- ergab sich aufgrund der Kosten für drei Monate für die Polizeischule 2007/08. Da die periodengerechte Budgetierung resp. Verbuchung nicht beachtet wurde, wird ein Entlastungsgesuch an den Grossen Rat gestellt.

3114 In diesem Konto waren Ausrüstungsgegenstände für die Polizeischule (Waffe, Gasmaske usw.) für 25 Aspirantinnen und Aspiranten budgetiert. Ausgerüstet wurden jedoch nur 13 Aspiranten. Im Weiteren konnten Gegenstände günstiger eingekauft oder die Anschaffung verschoben werden.

319010 Die WEF-Einsatzzeiten der auswärtigen Einsatzkräfte konnten aufgrund der Lageentwicklung entsprechend reduziert werden, was eine erhebliche Kosteneinsparung ergab. Diese Ausgangslage hatte auch eine Abnahme der Unterkunfts- und Verpflegungskosten zur Folge. Diesen Minderausgaben stehen Mindereinnahmen gegenüber.

4340 Diese Einnahmen sind von der Anzahl Tatbestandsaufnahmen abhängig und können nicht gesteuert werden.

4342 Die Kantonspolizei hat im Jahr 2007 den Unterhalt der Funkstationen vom Tiefbauamt übernommen.
3153 Die Mitbenützung dieser Funkstationen durch Dritte wurde in Rechnung gestellt.

5061 Die Projekte „Ablösung Richtstrahlverbindung“ und „Ablösung ELR und Verlegung NEZ“ liegen insgesamt im geplanten Termin- und Kostenrahmen und werden im Jahr 2008 abgeschlossen. Die zu erwartenden Aufwendungen pro Jahr sind schwer abschätzbar. Der Bund beteiligt sich anteilmässig an den Kosten, wobei die Beitragsausrichtungen von Jahr zu Jahr variieren.
5064
6600
6601

5063 Im Budget 2007 ist die Beschaffung einer Radaranlage mit Piezotechnik im San Bernardino-Tunnel enthalten. Die Piezotechnik kann wegen der fehlenden Fahrbahnabdeckung erst im Jahr 2008 verlegt werden.

3125 Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht

3016 Im Rahmen der Totalrevision des Asylgesetzes werden die Befragungen zu den Asylgründen ab 1.1.2008 ausschliesslich durch das Bundesamt für Migration (BFM) durchgeführt. Im Hinblick auf diese Neuerung hat das BFM bereits ab August 2007 begonnen, den überwiegenden Teil der Befragungen selbst durchzuführen. Ab 1.10.2007 wurden die Anhörungen vollumfänglich vom BFM übernommen. Dadurch fielen bedeutend weniger Dolmetscherkosten im Kanton an.

-
- 3100 Der neue Ausländerausweis konnte aufgrund verschiedener Unzulänglichkeiten auf Bundesebene nicht wie ursprünglich geplant realisiert werden, sondern wird voraussichtlich im Jahr 2008 oder sogar im Jahr 2009 eingeführt. Die damit geplanten Ausgaben sind entfallen bzw. fallen später an.
- 3188 Die einmaligen Investitionskosten für "Infostar" wurden ursprünglich ins Budget 2007 aufgenommen.
4364 Der Bund erhob die Kosten der Grundinvestition „Infostar“ jedoch bereits im Jahr 2006.
- 3190 Die Anzahl von unentgeltlichen Prozessen sowie der dafür aufzuwendende Betrag lässt sich nicht im Voraus berechnen und ist auch schwer abschätzbar. Aufgrund der Zahlen der Vorjahre musste mit einer weiteren massiven Zunahme der Fälle gerechnet werden. Sowohl die Anzahl Fälle als auch die Höhe der Kosten können seitens der Dienststelle nicht beeinflusst werden.
- 3501 Der Rückgang bei der Produktion von Schweizer Ausweisschriften im Jahr 2007 ist zum einen auf
4315 einen starken Rückgang der Nachfrage zurückzuführen. Dies weil der Bund im Sommer 2006, im Hinblick auf die Einführung des teureren biometrischen Passes, die Nachfrage beim Pass 03 mit einer Werbekampagne stark gefördert hat. Zum anderen ist die Nachfrage beim biometrischen Pass weit hinter den Erwartungen zurück geblieben.
- 3600 Seitens der Dienststelle wurde davon ausgegangen, dass aufgrund des geplanten EDV-Projektes höhere Kosten auf die Kantone abgewälzt würden. Durch die Verschiebung der ZEMIS-Einführung ist diese Erhöhung vorerst ausgeblieben. Eine genaue Prognose der Verrechnung durch den Bund ist nicht möglich.
- 4318 Seit das teilrevidierte eidgenössische Bürgerrechtsgesetz am 1.1.2006 in Kraft getreten ist, darf der Kanton für Einbürgerungsentscheide nur noch kostendeckende Gebühren erheben. Diese Änderung hat erhebliche Einnahmeneinbussen zur Folge. Im Weiteren werden seit dem Inkrafttreten der Totalrevision des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes am 1.1.2006 vermehrt Einbürgerungsgesuche auf kommunaler Ebene abgelehnt. Dies führt dazu, dass der Kanton nur noch Gebühren im Rahmen der zu erlassenden Abschreibungsverfügungen erheben kann.
- 4401 Der Bundesrat hat im Dezember 2006 eine weitergehende Steuerreduktion, namentlich für die beiden Casinos Davos und St. Moritz, abgelehnt. Die Reduktion wurde den Casinos für vier Jahre gewährt und fiel 2006 aus. Somit haben die Casinos seit dem 1.1.2007 die gesetzliche Abgaben ohne Satzreduktion zu entrichten (Abgabesatz bisher 13%, neu 26%). Dies hat zur Folge, dass sich der Anteil des Kantons verdoppelte.
- 4501 Der Bund hat die Entscheidvorbereitungen durch die Kantone im Asylverfahren im Vorjahr gekündigt. Die verbliebenen Einnahmen, die nicht budgetiert waren, resultieren als Abgeltung für die Rückkehrberatungsstelle des Kantons.
- 4503 Einerseits wurde von den Personen mit einem Nichteintretensentscheid (NEE) bedeutend weniger Nothilfegesuche gestellt als erwartet (von 69 NEE lediglich 8). Andererseits wurden die Nothilfestruckturen in Realta im Hinblick auf die anstehenden Bauarbeiten der Strafanstalt im Sommer 2007 sowie aufgrund der äusserst geringen Beanspruchung aufgehoben, so dass keine weiteren Kosten anfielen. Ab dem Jahr 2008 werden Nothilfefälle in Valzeina untergebracht.
- 3130 Strassenverkehrsamt**
- 3184 Die Entschädigung an den Fachverband Landtechnik GR war geringer, da weniger landwirtschaftliche Fahrzeuge geprüft wurden.
- 3300 Die Anzahl an Strafverfügungen gegen ausländische Fahrzeugführer ist stark gestiegen. Es fehlt aber die Möglichkeit, die entsprechenden Bussen und Kosten im Ausland einzutreiben.
- 4314 Die nicht voraussehbar gestiegene Anzahl an Verzeigungen auf der A13 generierte erhebliche Mehreinnahmen.
- 4350 Mit dem Verkauf und der Versteigerung von Wunschkontrollschildern wurden unerwartet hohe Einnahmen erzielt.
-

4371 Es handelt sich um die Auswirkungen der Radaranlage auf der A13 sowie vermehrte Kontrollen innerorts durch die Polizei.

3140 Amt für Militär und Zivilschutz

3113 Auf die Beschaffung von acht Anhängern mit Pioniermaterial wurde verzichtet, da Zivilschutzanhänger mit vorhandenem Zivilschutzmaterial ausgerüstet wurden. Das Sanitätsmaterial auf den Sanitätsanhängern musste nicht im vollen Umfang ausgewechselt werden und bei einigen getätigten Anschaffungen konnten dank günstigeren Erstehungskosten Einsparungen erzielt werden.

3191 Die budgetierten Mittel für Sofortmassnahmen im Falle von Katastrophen und Notlagen mussten nicht beansprucht werden.

4341 Die Wehrpflichtersatzabgabe ist von der Anzahl bewilligter Dienstverschiebungen, der Veranlagung der Dienstuntauglichen und deren Einkommenssteuerfaktoren abhängig. Im Voraus können diese Parameter kaum abgeschätzt werden. Die umfangreichen definitiven Berichtigungen bis ins Jahr 2002 und die Bearbeitung alter Verlustscheine hat das Ergebnis weiter positiv beeinflusst.

5720 Die Detailabklärungen haben ergeben, dass 16 Sirenen mehr als geplant installiert resp. ausgewechselt werden mussten. Die Kosten dafür wurden vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz übernommen.
6700

3145 Zivilschutz Ersatzbeitragsfonds Spezialfinanzierung

4300 Die Bautätigkeit und damit die Anzahl Baugesuche sind schwierig abzuschätzen. Lag die Bautätigkeit bei kleineren Bauten im Rahmen der angenommenen Zahlen, haben sich die Ersatzbeitragsgesuche von Grossbauten mit 9 bis 60 Schutzplätzen mehr als verdoppelt.

3212 Gesundheitsamt

364020 Die Zunahme der beitragsberechtigten Fälle war geringer als erwartet. Zur Entlastung haben auch nachträgliche Ausscheidungen für das Jahr 2006 im Betrage von rund 1.5 Mio. Franken beigetragen.

365007 Rund 20% weniger Fälle gegenüber dem Budget bewirkten diese Unterschreitung.

3660 Die sehr günstige wirtschaftliche Entwicklung und ein geringerer Prämienanstieg als erwartet, führten zu dieser Unterschreitung.
3760
4701

3662 Es wurden an weniger Fälle als erwartet Beiträge ausbezahlt.

5647 Es wurden Beiträge an weniger Dienstärzte als erwartet ausgerichtet.

3213 Psychiatrische Dienste Graubünden

3640 Die Auflösung nicht benötigter Rückstellungen und ein tieferes Defizit als budgetiert führten zu dieser Unterschreitung.

3643 Der maximale Kantonsbeitrag wurde von der Regierung auf Fr. 379'179 festgelegt und die zu hoch ausgefallene Akontozahlung von Fr. 257'621 für das Betriebsjahr 2006 verrechnet.

4 ERZIEHUNGS-, KULTUR- UND UMWELTSCHUTZDEPARTEMENT

4200 Departementsdienste EKUD

3180 Verschiedene Projekte wurden zurückgestellt (Website → E-Government) oder durch internes Personal bearbeitet. Zudem mussten weniger externe Rechtsgutachten und Beratungen in Anspruch genommen werden.

3610 In Zusammenhang mit der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) haben sich Mehrkosten ergeben, weil sich die Studierendenzahlen an den Universitäten weit stärker entwickelten als für die Budgetierung angenommen worden war.

In Zusammenhang mit der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) wurde zum Zeitpunkt der Budgetierung mit weniger Studierendenzahlen gerechnet. In der Rechnung 2007 ist ein massiver Anstieg der Studierendenzahlen im Vergleich zum Budget 2007 festzustellen (plus ca. 250 Studierenden inkl. 60 Studierenden der neu über die FHV subventionierte Hochschule Wädenswil). Unter anderem gab es im Rahmen der FHV ein Wechsel des Abrechnungssystems (auf ECTS-Punkte basiert), was anfänglich aufgrund der zeitlichen Vorverschiebung zu Mehrkosten führte.

4600 Der zu erwartende Bundesbeitrag hängt einerseits von den ausbezahlten Stipendien und andererseits vom zur Verfügung stehenden Kredit des Bundes ab. Aufgrund der Erfahrungen aus den Vorjahren ist davon auszugehen, dass der Bund seinen Beitrag für das Rechnungsjahr 2007 stark kürzen wird.

5260 Gestützt auf das neue Stipendiengesetz - in Kraft gesetzt auf Beginn des Schuljahres 2007/08 - können zinslose Ausbildungsdarlehen gewährt werden. Bis zum Rechnungsabschluss 2007 konnten aufgrund fehlender Voraussetzungen der Gesuchsteller keine Darlehen zugesprochen werden.

4210 Amt für Volksschule und Sport

318001 Es sind jährlich zahlreiche Projekte in Planung, deren Umsetzung Jahr für Jahr budgetiert werden muss, obwohl die politischen Teilentscheide, ob und wann das Geplante umgesetzt werden kann, zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht vorliegen.

318006 Die im Rahmen einiger Reformprojekte vorgesehenen Weiterbildungen wurden nicht realisiert, da mit der Umsetzung der Reformprojekte erst im Jahr 2008 gestartet werden kann.

318020 Einige geplante und budgetierte Projekte wurden aufgrund der sich durch HarmoS abzeichnenden Anpassungen zurückgestellt bzw. noch nicht realisiert.

362001 Für die Minderaufwendungen sind folgende Faktoren massgebend: Verschiedene Schulzusammenlegungen, Schulgemeinden mit Niveau-Modell C nahmen weniger zu als erwartet und der Rückgang der Anzahl der Schülerinnen und Schüler fiel höher aus als budgetiert.

4603 Im Jahr 2007 wurden weniger Teilnehmende an J+S Kaderkursen verzeichnet als bei der Budgetierung angenommen. Den Mindererträgen stehen Minderaufwendungen gegenüber.

5621 Rückstand im Projektverlauf.

4221 Hochschulen/höhere Fachschulen/Mittelschulen/Wohnheime

3186 Aufgrund der Ziele des „Kernprogramms 2010“ sind im Budget 2007 für Schulentwicklungsprogramme entsprechende Mittel vorgesehen. Im Anschluss an die öffentliche Diskussion des Kernprogramms und aufgrund des Auftrages Claus betreffend „Stärkung der gymnasialen Ausbildung (Erhalt Untergymnasium) in Graubünden“ wurden diese Schulentwicklungsprojekte zurückgestellt. In der Aprilsession 2008 wird die Botschaft zur „Teilrevision über die Mittelschulen im Kanton Graubünden“ im Grossen Rat behandelt. Die dazugehörigen Schulentwicklungsprojekte werden erst nach dem Beschluss des Grossen Rates in Auftrag gegeben.

365002 Die tieferen Aufwendungen sind auf verschiedene Faktoren zurückzuführen:
-Tiefere effektive Schülerzahlen;
-Reduktion aufgrund der ordentlichen Subventions-Nachberechnung der Handelsschule Ilanz;
-Tieferer Subventionsansatz für das Sportgymnasium Davos bedingt durch die um ein Jahr längere Ausbildungszeit;
-Der definitive Ansatz 2006/07 ist tiefer als im Vorjahr und dadurch ist die Vorfinanzierung zu hoch ausgefallen. Daraus hat sich eine Kostenverlagerung vom Rechnungsjahr 2007 ins Rechnungsjahr 2006 ergeben.

-
- 365027 Die im Budget eingesetzte periodengerechte Abgrenzung der im Jahr 2008 auszahlbaren Restbei-
365028 träge 2007 konnte aufgrund der mutmasslichen Ergebnisse Ende 2007 neu ermittelt werden.
- 3753 Die Zahlungen des Bundes an die Hochschule für Technik und Wirtschaft für Projekte der For-
4703 schung und Entwicklung sowie Kommission für Technologie und Innovation (KTI) fallen aperiodisch
und unregelmässig an.
- 4610 Die Beiträge sind abhängig von den an der Hebammenschule Chur des Bildungszentrums Gesund-
heit und Soziales anwesenden Lernenden aus anderen Kantonen. Infolge der im Jahr 2010 vorge-
sehenen Schliessung der Hebammenschule Chur wurde mit stagnierenden oder rückläufigen Stu-
dierendenzahlen gerechnet. Das Gegenteil ist eingetreten. Im 2007 waren sechs Studierende mehr
aus anderen Kantonen an der Hebammenschule in Ausbildung.
- 5750 Die für den Neubau des IbW-Schulhauses am Bahnhof Chur vorgesehenen Baubeiträge des Bun-
6700 des fallen je nach Stand des Baufortschritts an.
- 4230 Amt für Berufsbildung**
- 3180 Mit der Realisierung des Projektes Case Management konnte erst im Januar 2008 gestartet werden.
Der für den Einsatz der Coaches ab August 2007 budgetierte Kredit wurde deshalb nicht benötigt.
- 3186 Die Auswirkungen der neuen Prüfungsformen sowie die daraus anfallenden Expertenschulungen
fielen geringer aus als erwartet.
- 362003 Die neuen Ausbildungsformen sowie die bereits eingeführten Verordnungen über die berufliche
3723 Grundbildung haben geringere finanzielle Auswirkungen als angenommen. Gegengleich fielen die
4700 Beiträge von Bund und Gemeinden tiefer aus.
4720
- 365038 Das Informatik Ausbildungszentrum Engadin erhielt im Jahr 2007 Unterstützung von den Gemein-
den und benötigte deshalb den budgetierten Kantonsbeitrag für die Sicherstellung der Ausbildung
nicht.
- 4361 Die Prüfungs-Zuweisungen aus anderen Kantonen nahmen wegen der Ablösung von zwei- auf drei-
jährige Lehren im Jahr 2007 erheblich ab.
- 4600 Der Bund leistete im Jahr 2007 an den Kanton Graubünden keine direkten Beiträge mehr für Quali-
4601 fikationsverfahren.
- 4620 Die Beiträge für ausserkantonale Schulen wurden wegen der Tarifierungen erhöht. Die Ge-
meinden leisten 60% an diese Beiträge.
- 5620 Die Budgetmittel für unvorhergesehene Baugesuche von Berufsfachschulen und Brückenangebo-
5655 ten wurden nicht benötigt.
- 5750 Für die Erweiterung des Ausbildungszentrums des Verbandes Graubündner Elektroinstallations-
6700 firmen konnte ein Anteil aus den Pauschalbeiträgen des Bundes ausgerichtet werden, welche wäh-
rend der Übergangsphase zusätzlich den Kantonen ausgeschüttet wurden. Zudem leistete der Bund
einen Beitrag an die Lehrmittel der Landmaschinenmechaniker.
- 4250 Amt für Kultur**
- 3010 Die archäologischen Ausgrabungen in Roveredo müssen aufgrund des für das Jahr 2008 geplanten
3113 Baus der Tunnelleinfahrt für die Umfahrungsstrasse der A13 möglichst schnell vorangetrieben wer-
3170 den. Daher mussten im Berichtsjahr zahlreiche zusätzliche Aushilfen angestellt und Geräte ange-
318090 schafft werden. Ebenfalls fielen mehr Spesen an und Dienstleistungen Dritter wurden vermehrt bean-
436902 sprucht. Die dadurch entstandenen Mehrkosten wurden vollumfänglich vom Bund zurückerstattet.
-

4260 Amt für Natur und Umwelt

- 3622 Die Auenrevitalisierung San Batrumieu in Zuoz / Madulain konnte viel billiger gebaut werden als budgetiert.
- 3720 Für Naturschutzprojekte im Wald wurde im Jahr 2007 die Finanzierungsform optimiert, indem ein Bundesbeitrag aufgrund des Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG) geltend gemacht und der Kantonsbeitrag über Waldbiodiversität geleistet wurde. Damit konnten ein wesentlich höherer Subventionssatz des Bundes beansprucht und dadurch mehr Projekte realisiert werden.
- 3750
- 4700
- 4310 Zunahme bei der Beurteilung von Sendeanlagen (Erstellen von Fachberichten mit Verrechnung an den Gesuchsteller).
- 4340 Die Rechnungsstellung für die Aufbereitung von Mineralölabscheidegut des zweiten Halbjahres 2007 erfolgt im Jahr 2008.
- 4600 Nachträgliche Auszahlung der Bundesbeiträge für Aufwendungen bei Messungen und Massnahmenplanung im Bereich Luftreinhaltung für die Jahre 2005 und 2006.
- 5621 Der kantonale Beitragsüberhang für Abwasseranlagen wurde abgebaut. Der Bund beteiligte sich mit mehr Beiträgen als ursprünglich vorgesehen.
- 5722
- 6702
- 5622 Minderausgaben aufgrund von Verzögerungen bei den Schlussabrechnungen für die Ersatzofenlinie GEVAG und bei diversen Sanierungen von Schiessanlagen (Altlasten).
- 5720 Zusätzliche Zahlungen durch den Bund aus dem Kontingent anderer Kantone für Wasserversorgungen.
- 6700

4271 Landeslotterie Spezialfinanzierung

- 3650 Im vergangenen Jahr sind viele der in den Vorjahren bewilligten Kulturprojekte realisiert und der Kantonsbeitrag ausbezahlt worden. Ausserdem ist allgemein in den letzten Jahren eine Zunahme von grösseren Projekten (v.a. Festivals) festzustellen.
- 3651 Es ist schwer vorauszusehen, wie viele Projekte im Bereich der Kulturforschung und des professionellen Kulturschaffens im Laufe eines Jahres tatsächlich eintreffen. Bei der Budgetierung geht man von Durchschnittswerten aus.
- 3652 Es sind weniger Gesuche im Rahmen des Schwerpunktes zur Förderung von regionalen Museen eingegangen.
- 3659 Bei den Beiträgen im Kompetenzbereich der Regierung handelt es sich um zahlreiche Projekte vielfältiger Natur. Es ist sehr schwierig abzuschätzen, wie viele Gesuche in einem Jahr tatsächlich eingereicht werden.
- 4690 Die Erträge aus der Landeslotterie haben im Jahr 2006 stark zugenommen, so dass die Gewinnausschüttung im Jahr 2007 sehr hoch war. Dies dürfte mit der Wette „Euromillions“ zusammenhängen, welche mehrmals mit sehr hohen Jackpots zum Mitspielen anregte.

5 DEPARTEMENT FÜR FINANZEN UND GEMEINDEN

5000 Departements-Sekretariat

- 3180 Die Umsetzung der NFA erfolgte mit weniger externer Beratung als budgetiert. Auf eine Risikoanalyse im Versicherungsbereich wurde verzichtet. Anstelle der Risikoanalyse wurde über das Amt für Informatik ein Risikobewirtschaftungsprogramm zur Erfassung, Katalogisierung und Bewertung der Risiken angeschafft.

3191 Die 1. Etappe der flächendeckenden Einführung von GRiforma konnte ohne Beizug externer Berater durchgeführt werden. Die angefallenen Aufwendungen setzen sich zusammen aus Taggeldern für den Steuerungsausschuss und aus Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung von Workshops in den Dienststellen.

5105 Finanzkontrolle

4340 Durch die Übernahme der Nationalstrassen im Rahmen des NFA per 1.1.2008 durch den Bund erfolgt die Abrechnung bzw. der Ausweis der Aufsichtstätigkeit im Auftrag des Bundes erstmals periodengerecht. Der ausgewiesene Ertrag beinhaltet somit das bezahlte Honorar für das Jahr 2006 und das abgegrenzte Honorar 2007 von je ca. Fr. 60'000. Die Aufsichtstätigkeit für den Bund umfasst ab dem Jahr 2008 nur noch die laufenden, gemeinsam zu finanzierenden Ausführungsprojekte und wird voraussichtlich ab dem Jahr 2012 ganz entfallen.

5110 Finanzverwaltung

4310 Für die Budgetierung fehlten noch die Erfahrungswerte. Die Gebühreneinnahmen sind sowohl bei der BVG-Aufsicht wie auch bei der Aufsicht über die klassischen Stiftungen höher ausgefallen als erwartet.

5111 Finanzaufwand und -ertrag

3210 Die Vergütungszinsen für Steuern verblieben unter den Budgeterwartungen.

4200 Durch die verbesserte Liquidität und mehr als erwartet angestiegenen kurzfristigen Zinssätzen konnten deutlich höhere Zinseinnahmen generiert werden.

4221 Im Juni 2007 konnten neue, nicht budgetierte Kapitalanlagen im Umfang von 100 Mio. Franken getätigt werden. Zudem sind im Budget nicht vorgesehene Zinseinnahmen für ein Darlehen an das Bildungszentrum für Gesundheit und Soziales angefallen.

4225 Die Ems-Chemie hat eine höhere Dividende ausgeschüttet als erwartet.

4226 Dank einem weiteren operativen Rekordergebnis hat die GKB die Ausschüttung auf dem Nominalkapital von 26% auf 29% erhöht.

4246 Aus dem Verkauf verschiedener Liegenschaften des Finanzvermögens konnten nicht budgetierte Gewinne realisiert werden.

4250 Der Bestand an Wirtschaftsförderungs-Darlehen lag unter den Budgeterwartungen. Zudem war der effektive Zinssatz tiefer als budgetiert.

5113 Abschreibungen, Rückstellungen und Beitrag an Spezialfinanzierung Strassen

3300 Es sind weniger Debitorenverluste angefallen als erwartet.

3310 Die Abschreibungen auf diesen Anlagegruppen wurden planmässig zu den im Budget vorgegebenen Ansätzen vorgenommen. Die Höhe der Abschreibungen richtet sich nach den Nettoinvestitionen des Berichtsjahres und den abschreibungspflichtigen Beständen aus dem Vorjahr. Die abgeschriebenen Nettoinvestitionen der SF-Strassen werden vollumfänglich der Spezialfinanzierung angelastet.

3320 Aufgrund des guten Rechnungsergebnisses wurden die Bestände an Liegenschaften und Mobilien des Verwaltungsvermögens per Ende 2007 vollständig auf die Erinnerungswerte abgeschrieben. Diese zusätzlichen Abschreibungen sind nicht budgetiert und deshalb dem Grossen Rat als Abschlussdisposition mit der Staatsrechnung 2007 zur Genehmigung zu unterbreiten.

5121 Allgemeiner Personalaufwand

3015 Aushilfen für längere Krankheitsabsenzen und ausserordentliche Arbeitsengpässe wurden nur in sehr dringlichen Fällen eingesetzt.

3095 Die Einführung von GRiforma konnte ohne Beizug externer Berater durchgeführt werden. Die Weiterbildungs- und Schulungsveranstaltungen fielen kostengünstiger aus. Insbesondere die Informations- und Schulungsveranstaltung für den Grossen Rat konnte auf einen halben Tag reduziert und im Rahmen der ordentlichen Session abgehalten werden.

4363 Durch die Teilnahme von externen Kursteilnehmenden wurden Mehreinnahmen generiert. Diese
3092 Mehreinnahmen bedingten Mehrausgaben auf dem zentralen Aus- und Weiterbildungskonto.

5130 Steuerverwaltung

3180 Die Arbeiten für die Neuregelung der Kraftwerkbesteuerung konnten erst spät aufgenommen werden. Die externen Beraterkosten werden damit erst im Folgejahr anfallen.

3181 Mit der verbesserten Wirtschaftslage hat der Inkassoaufwand abgenommen. Dies bewirkt auch eine
4361 Reduktion der Rückerstattungen.

3410 Die Abweichung ist die Folge der höheren Einnahmen der Gewinn- und Kapitalsteuer (Konto Nr. 5131.4010).

5131 Kantonale Steuern

3190 Entgegen den Budgetannahmen wurden weniger Gelder in quellensteuerbelastete ausländische Anlagen investiert, was eine starke Reduktion der Aufwendungen bewirkt hat.

4000 Die Abweichung beträgt lediglich 2.7% der budgetierten Einnahmen. Sie basiert vor allem auf dem Umstand, dass im Zeitpunkt der Budgetierung mit höheren Einnahmen für das Vorjahr gerechnet wurde.

4005 Die positive wirtschaftliche Entwicklung in den Branchen mit einer grossen Anzahl quellensteuerpflichtiger Arbeitnehmer (Tourismus, Baugewerbe) führte zu Mehreinnahmen.

4006 Der Anstieg der Einnahmen ist vor allem auf hohe Steuerleistungen der Neuzuzüger sowie auf eine allgemeine Erhöhung der Steuerpauschalen zurückzuführen.

4007 Eine genaue Budgetierung der Nach- und Strafsteuern ist nicht möglich, da diese Fälle nicht vorhersehbar sind.

4010 Zum dritten Mal in Folge haben die Einnahmen aus den Gewinn- und Kapitalsteuern juristischer Personen die Budgeterwartungen bei Weitem übertroffen. Dabei ist zu beachten, dass im Zeitpunkt der Budgetierung jeweils auch das Ergebnis des Vorjahres noch nicht voraussehbar ist. Innerhalb von nur drei Jahren haben sich die Einnahmen von rund 84 Mio. Franken im Jahr 2004 auf rund 155 Mio. Franken im Rechnungsjahr beinahe verdoppelt. Massgeblich dazu beigetragen haben die guten Ergebnisse im Finanzsektor, der Telekommunikationsunternehmen, aus den wenigen exportorientierten Industrien und dem Stromhandel sowie die ausserordentlichen Gewinne aus Immobiliengeschäften und von einigen wenigen Gesellschaften mit hochbesteuerten Passiveinkünften.

4030 Die weitere Steigerung der Immobilienpreise vor allem auch in den Tourismusregionen hat starke Mehreinnahmen bewirkt.

4050 Mit Blick auf die Steuerbefreiung der Nachkommen ab dem 1.1.2008 wurden verschiedene legale Planungsmassnahmen (Aufschub der Erbvorbezüge, Einsetzung des überlebenden Ehegatten als Alleinerbe, Erbausschlagung etc.) ergriffen, welche die Einnahmen vermindert haben.

4051 Die Höhe der Schenkungssteuern hängt vielfach von einzelnen grossen Fällen ab, was eine genauere Budgetierung erschwert.

4080 Der starke Anstieg ist auf Nachträge aus früheren Jahren zurückzuführen.

5136 Kultussteuer

3430 Die Abweichung ist die Folge der höheren Einnahmen bei der Gewinn- und Kapitalsteuer (Konto Nr.
4470 5131.4010).

5142 Anteile an Erträgen und Steuern des Bundes

4400 Die Position wird jeweils aufgrund der Schätzungen der Eidg. Steuerverwaltung budgetiert. Die Abweichungen zur Rechnung können jeweils beträchtlich sein. Für eine genauere Budgetierung fehlen den Kantonen konkrete Angaben und Prognosen.

4403 Die höheren Einnahmen bei der Gewinn- und Kapitalsteuer wirken sich auch auf den Anteil an den Erträgen der direkten Bundessteuer aus.

4407 Gemäss Bundesgesetz zum Zinsbesteuerungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft werden die Kantone mit 10% am Ertrag des Bundes beteiligt. Es handelt sich um den Anteil des Jahres 2006.

4600 Die Ausschüttung des LSVA-Anteils 2007 stützt sich auf den Verteilschlüssel der bundesrechtlichen
3930 Verordnung über die LSVA. Gemäss Art. 21 der regierungsrätlichen Verordnung zum Finanzhaus-
3985 haltsgesetz werden die aufgrund der Strassenlänge, der Strassenlasten und der Motorfahrzeugbe-
lastung dem Kanton zufallenden Anteile der SF-Strassen zugewiesen. Ein Drittel des Vorabanteils
für Rand- und Berggebiete wird dem öffentlichen Verkehr gutgeschrieben. Im Budget wurde von tieferen Einnahmeanteilen ausgegangen.

5315 Interkommunaler Finanzausgleich

Der grösste Teil der Abweichungen in dieser Kontogruppe sind die direkte Folge der höheren Einnahmen in der Gewinn- und Kapitalsteuer (Konto Nr. 5131.4010). Ausnahmen bilden die nachfolgenden Konten.

3425 Der Grosse Rat hat in der Dezembersession 2007 drei Gemeindezusammenschlüssen zugestimmt
3426 und Förderbeiträge von 5.8 Mio. Franken beschlossen. Davon gehen 3 Mio. Franken zu Lasten der
ordentlichen Finanzierung und 2.8 Mio. Franken zu Lasten des innovativen Projekts. Kreditabweichungen sind aufgrund der Komplexität und der langfristigen Abwicklung unvermeidbar.

4463 Die Gemeinden zahlen 6 % der ihnen zustehenden Wasserzinsen in Form eines Solidaritätsbeitrags in den Finanzausgleichsfonds. Die Wasserzinsen fallen etwa proportional zur Stromproduktion an. Im hydraulischen Jahr 2006/2007 war die Stromproduktion aller Kraftwerke im Kanton Graubünden wegen der unterdurchschnittlichen Niederschläge sehr tief. Entsprechend erhielten die Gemeinden weniger Wasserzinsen. Zudem beeinflusste die Erneuerung der Prättigauer Kraftwerke die Stromproduktion bei der Rätia Energie negativ.

6 BAU-, VERKEHRS- UND FORSTDEPARTEMENT

6000 Departements-Sekretariat

3181 Zum Zeitpunkt der Budgetierung waren die gesetzlichen Grundlagen für die Planung „neuer Verkehrsverbindungen - innovative Projekte (VK)“ noch nicht in Kraft gesetzt. Die Ausarbeitung des Auf-
lagenprojektes für den Bau einer talquerenden Brücke zwischen der Julier- und Arosenstrasse zur Erschliessung des Schanfiggs konnte vorerst nicht aus den VK-Mitteln finanziert werden. Da dieses Projekt Bestandteil des Agglomerationsprogramms Chur und Umgebung ist und der Eingabetermin für dieses Programm durch das Bundesamt für Raumentwicklung sehr eng gesetzt war, musste mit der Erarbeitung unverzüglich angefangen werden.

6100 Hochbauamt

314180 Die Stadt Chur hat ihren Anteil an der Mühlbachsanierung direkt mit den beauftragten Unterneh-
4620 mungen abgerechnet. Im Weiteren verzögerte sich die Sanierung der Sportanlage der Pädagogischen Hochschule an der Scalärastrasse in Chur aus witterungsbedingten Gründen und die Kredit-

-
- mittel für unvorhergesehene bauliche Anpassungen infolge Büroneuorganisationen wurden nicht beansprucht.
- 3142 Bei der Umnutzung der früher als Asylzentrum genutzten kantonseigenen Liegenschaft Loëstrasse 26 in Chur wurden nur die notwendigsten baulichen Massnahmen ausgeführt.
- 3143 Die bewilligten Kreditmittel für betrieblich bedingte bauliche Anpassungen zur Umsetzung der Verwaltungsreform wurden nicht beansprucht. Weiter konnten bei den Instandstellungs/Rückbauarbeiten für verschiedene im Misox nicht mehr benötigte Mietliegenschaften wesentliche Einsparungen erzielt werden.
- 3145 Der behindertengerechte Zugang beim Rätischen Museum in Chur konnte nicht realisiert werden, weil beim Bauprojekt mit der städtischen Baukommission aus ästhetischen und denkmalpflegerischen Gründen noch keine Einigung erzielt werden konnte.
- 318048 Die Aufnahme der Vorprojektierungsarbeiten beim Konvikt verzögerte sich erheblich, weil das notwendige Betriebskonzept wie auch das Raumprogramm durch das zuständige Amt erst im Herbst eingereicht wurde.
- 318066 Durch den Verzicht auf einen Projektwettbewerb für die Verbindung der Standorte Kantonsschule Halde - Plessur wurden die dafür veranschlagten Kreditmittel nicht benötigt.
- 318067 Notwendige Zusatzabklärungen bezüglich des Projektumfangs verursachten eine Verschiebung des vorgesehenen Projektwettbewerbs ins Jahr 2007. Die benötigten Kreditmittel wurden mit einer Kreditumlagerung bereitgestellt.
- 318068 Zeitaufwendige Bedürfnis- und Standortabklärungen verzögerten die Projektierungsaufnahme.
- 4360 Für die Eidgenössische Zollverwaltung mussten im Zeughaus in Chur sowie für arbeitsmarktliche Massnahmen des KIGA in Samedan und Chur kurzfristig zusätzliche Räumlichkeiten gemietet werden. Diese Neueinmietungen und somit die entsprechenden Kostenrückerstattungen waren zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht bekannt.
- 4690 Von den in der Anstalt Realta in Cazis und bei der PHGR/Wohnheim Scalära in Chur neu installierten Feuerschutzeinrichtungen hat das Feuerpolizeiamt nachträglich verschiedene Installationen als freiwillig erstellte Schutzanlagen qualifiziert und daran nicht voraussehbare Beiträge ausgerichtet.
- 503330 Notwendige Zusatzabklärungen verursachten eine Verschiebung der Behandlung der Botschaft
6612 durch den Grossen Rat. Die Bauarbeiten konnten so erst nach Ablauf der Referendumsfrist aufgenommen werden. Der Bundesbeitrag richtet sich nach den Aufwendungen und fiel entsprechend tiefer aus.
- 503421 Durch die Verschiebung des Projektwettbewerbs verzögerte sich die Ausarbeitung der Botschaft an den Grossen Rat. Diese wird erst anfangs 2008 behandelt.
- 503605 Die Verhandlungen mit der Gemeinde Poschiavo bezüglich Standort für die Realisierung der neuen Fischzuchtanstalt verursachten eine Verzögerung beim Baubeginn.
- 6609 Auf Grund der dem Bundesamt für Justiz eingereichten Schlussabrechnung wurden gegenüber der provisorischen Beitragszusicherung wesentlich mehr bauliche Massnahmen und Aufwendungen als beitragsberechtigt anerkannt.
- 6110 Amt für Energie**
- 3139 Die dem Kanton weiterverrechneten Jahreskosten der Kraftwerke, an welchen der Kanton beteiligt
4350 ist, fielen tiefer aus. Entsprechend wirkt sich dies auch auf den Ertrag aus.
- 4110 Die Staatsgebühr für die Konzessionsänderung des Kraftwerks Taschinas, Grüşch, war nicht budgetiert.
- 4112 Die stark unterdurchschnittliche Stromproduktion bewirkt entsprechend tiefe Wasserzinseinnahmen.
-

4351 Aufgrund der stark unterdurchschnittlichen Stromproduktion konnte in die Grischelectra AG weniger Energie eingebracht werden, was entsprechend einen geringeren Ertrag zur Folge hatte.

5655 Die Nachfrage nach Förderbeiträgen fiel geringer als angenommen aus. Als Folge geringerer Förderbeitragsleistungen des Kantons reduzierte sich der Globalbeitrag des Bundes.
6600

6125 Wasserbau

3180 Entgegen den Erwartungen konnten mehr Projekte mit eigenem Personal begleitet werden.

4340 Die ausserordentlichen Unwetterschäden vom August 2005 hatten zur Folge, dass die Arbeitsleistungen im Bereich der Bauleitung zugenommen haben. Die für diese Leistungen erzielten Erträge sind dementsprechend höher ausgefallen.

5620 Ausgelöst durch die Unwetter vom August 2005 wurde mit dem Bundesamt für Wasser und Geologie (BWG) und demzufolge auch mit den Gemeinden ein wesentlich grösseres Projektvolumen umgesetzt, weshalb auch die durchlaufenden Beiträge grösser ausfielen.
5720
6700

6200 Tiefbauamt

3010 Der Minderaufwand resultierte aufgrund der nicht vollständigen Stellenbesetzungen während des ganzen Jahres.

3120 Der Energiebedarf der Unternehmer auf Grossbaustellen ist kleiner als erwartet ausgefallen.
4360

3142 Die Signalisation der Routen für den Langsamverkehr hat sich etwas verzögert. Ein Teil der Kosten wurde vom Amt für Wirtschaft und Tourismus übernommen. Die übrigen Beitragszahlungen erfolgen im Jahr 2008.
4620
4690

4310 Im Anschluss an die Teilrevision der Ausführungsbestimmungen zum Strassengesetz wurde der Gebührenrahmen im Bereich Strassenpolizei- und Strassenreklamewesen konsequent ausgeschöpft.

4340 Weil die Stützpunkte Seewis und Fideris sowie der Werkhof Davos seit der Umklassierung der Prätigauerstrasse zur Nationalstrasse A28 auch für den Betrieb der Nationalstrasse benötigt werden, konnten die laufenden Mietkosten dem Bund teilweise in Rechnung gestellt werden.
4605

4341 Der Rückgang der subventionierten Projekte im Bereich des Ausbaus der Hauptstrassen wirkt sich auch auf die Erträge des Strassenbaulabors aus.

4380 Aufgrund der Entwicklung bei den Projekten und dem reduzierten Personalbestand wurden weniger Eigenleistungen erbracht.

4607 Restkosten von Vorjahren konnten mit dem Bund abgerechnet werden.

6210 Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen

3120 Die Kosten für die elektrische Energieversorgung der Tunnels fiel aufgrund optimierter Anlagen und weniger Lüftungsaufwand tiefer als erwartet aus.

3141 Das Bundesamt für Strassen hat die beantragten Bundesbeiträge und die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel im Zusammenhang mit der NFA auf das absolut Notwendige gekürzt.
4605

3142 Das Bundesamt für Strassen hat im Zusammenhang mit der NFA die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und damit die Zahl der auszuführenden Projekte signifikant reduziert.
4605

3149 Infolge des schneearmen Winters mussten die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen nicht ausgeschöpft werden.

-
- 3180 Die Datenerhebungen für die Werkpläne haben sich aufgrund der Baufortschritte verzögert.
- 4340 Die Mehrerträge begründen sich mit ausserordentlichen Versicherungsleistungen aus grösseren Schadenfällen, insbesondere durch den Brand im Tunnel Viamala sowie höheren Erträgen für Eigenleistungen aus Nationalstrassenprojekten.
- 4360 Die Mehrerträge resultieren aufgrund der stetig steigenden Mitbenützung der Kabelanlagen durch Dritte. Ferner fiel eine Entschädigungsleistung eines Unternehmers für einen verursachten Elektro-schaden im Werkhof Thusis an.

6211 Unterhalt und Betrieb der Kantonsstrassen

- 3141 Für den Unterhalt der Werkhöfe und Stützpunkte wurden weniger Mittel beansprucht als budgetiert.
- 3142 Die Aufwendungen für die Behebung von Frostschäden infolge der extremen Witterungsverhältnisse haben zugenommen.
- 3149 Infolge des schneearmen Winters wurden die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen nicht ausgeschöpft. Es fielen auch weniger Erträge von Gemeinden für Schneeräumungsarbeiten an.
- 4521
- 4340 Wegen grösseren Schadenfällen sind ausserordentliche Erträge von Versicherungen angefallen. Weitere Erträge ergaben sich aufgrund der vermehrten Vermietung von mobilen Lichtsignalanlagen.
- 5030 Der Neubau des Stützpunktes Disentis gelangt erst im Jahr 2008 in die Realisationsphase.
- 5620 Die Ausgaben richten sich nach der Bautätigkeit der Gemeinden. Entgegen den Erwartungen haben einige Gemeinden mit der Ausführung zugewartet.
- 5621 Verschiedene Gemeinden haben bereits genehmigte Fussgängeranlagen, Kanalisationen und Haltebuchten für den öffentlichen Verkehr noch nicht realisiert.
- 6609 Ausgelöst durch die Unwetter vom August 2005 sind die Beiträge des Bundes für Schutz- und Wuhrbauten höher ausgefallen.

6220 Ausbau der Nationalstrassen

- 501103 Das Bundesamt für Strassen hat die beantragten Bundesbeiträge im Zusammenhang mit der NFA
501104 und den beim Bund zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln und damit die Zahl der auszufüh-
6601 renden Projekte signifikant reduziert.
- 6311 Der Wasserbezug für den Bau der Umfahrung Saas konnte dem Unternehmer in Rechnung gestellt werden.

6221 Ausbau der Hauptstrassen

- 501330 Beim Projekt Stampa innerorts wurden Leistungen, welche zu Gunsten der Gemeinde realisiert wurden, durch die Unternehmer direkt mit der Gemeinde abgerechnet.
- 501332 Bei der Umfahrung Flims konnten die Aufträge für die elektromechanischen Anlagen günstiger ver-
660332 geben werden.
- 501334 Beim Projekt Anschluss Sent konnten die Baumeisterarbeiten günstiger vergeben werden.
- 501335 Beim Projekt Umfahrung Klosters war der Umfang der Abschlussarbeiten grösser als im Budget
660335 vorgesehen.
- 501336 Das realisierte Bauvolumen für die Erhöhung der Wintersicherheit fiel infolge der ungünstigen meteorologischen Verhältnisse – früher Wintereinbruch – kleiner als geplant aus.

501339 Infolge ausführungstechnischer Schwierigkeiten verzögerten sich die Fertigstellungsarbeiten bei der Hangsicherung Caselertobel. Die dadurch entstandenen Aufwendungen waren im Budget 2007 nicht enthalten.

6310 Die Gemeinden können ihre Kostenbeteiligung aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten nicht immer rechtzeitig und mit Sicherheit terminieren. Die Einnahmen wurden deshalb nicht budgetiert.

6311 Die Einnahmen betreffen hauptsächlich eine Mehrwertbeteiligung bei der Baumaterialwahl durch einen Dritten.

6224 Ausbau der Verbindungsstrassen

501556 Im Sinne von Artikel 20 Absatz 2 Lit. h des Finanzhaushaltsgesetzes können Umlagerungen innerhalb der Investitionskredite für den Ausbau der Verbindungsstrassen bis 400'000 Franken pro Fall
501562 durch das Departement ohne Nachweis einer besonderen Notwendigkeit und Dringlichkeit bewilligt
501580 werden. Infolge von Verzögerungen und Änderungen der Randbedingungen wurden entsprechende
501588 Umlagerungen vorgenommen.
6000

6230 Finanzierung der Strassenaufwendungen

3960 Die Abschreibungen der Nettoinvestitionen Strassen fielen tiefer aus, weil insbesondere im Bereich des Ausbaus von National-/Hauptstrassen weniger Ausgaben angefallen sind.

4605 Die Erträge der Mineralölsteuer des Bundes sind höher als prognostiziert ausgefallen. Sie sind vor allem konjunkturell bedingt leichten Schwankungen unterworfen.

6300 Öffentlicher Verkehr

3740 Die Betriebsbeiträge des Bundes an den öffentlichen Regionalverkehr stiegen dank einer ausserordentlichen Quotenerhöhung des Bundes stärker als erwartet an, was primär der RhB zugute kam.
4700

5646 Die für die nächste Phase geplanten Investitionen für die Porta Alpina konnten wegen der fehlenden Finanzierungszusage seitens des Bundes nicht in Angriff genommen werden.

5740 Die Investitionsbeiträge des Bundes an die RhB fielen nach intensiven Verhandlungen mit dem Bundesamt für Verkehr (BAV) 16% höher aus als budgetiert.
6700

6500 Jagd

4103 Der starke Wintereinbruch bereits Mitte November führte zu einem Verzicht auf die Sonderjagd in höheren Lagen. Dementsprechend sind auch die Einnahmen aus Bewilligungen und Abschussgebühren geringer ausgefallen.

4601 Der Bundesbeitrag ist deutlich höher ausgefallen als budgetiert. Die Aufwendungen für das Management der Grossraubtiere, insbesondere des Bären, wurden durch den Bund entschädigt. Dazu kam noch ein Beitrag für Schäden an Nutztieren und Bienenkästen.